

# Dresdner Volkszeitung

Hauslieferungsstelle: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Altkath.

Abonnementpreis einjährig: 18.000,- M., durch die Post bezogen monatlich: 1.500,- M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 300,- M., Einzelnummer 700,- M., Sonnabendnummer 1000,- M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die gespaltene Nonpareilzeile 1500,- M., auswärts 1800,- M., die gespaltene Reklamazeile 7000,- M., auswärts 8000,- M., Ausland 8000 u. 20.000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienangehörige, Stellen- u. Mietangebote 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferungsgebiete 500 M.

Nr. 161

Dresden, Freitag den 13. Juli 1923

34. Jahrg.

## Englands aktives Eingreifen

Am gestrigen Donnerstag hat England durch seinen Premierminister Baldwin in der aufstrebenden Welt weit und weite aktiv in die Regelung der Reparationsfrage und des Friedensproblems für Europa eingegriffen. Der erste Schritt wird sein, daß England selbständig die Antwort formuliert, die auf die letzte Note der deutschen Regierung vom 7. Juni zu geben ist und die Alliierten einladet, sich dieser Antwort anzuschließen. Für diese Antwort hat der englische Regierungschef fünf Punkte als Richtlinien aufgestellt, die nicht sensationeller Art sind, die aber die Möglichkeit zu einem französischen Gewaltakt entgegenzusetzen Borgehen enthalten. Es wird nun von der französischen Stellungnahme abhängen, ob England — wahrheitsgemäß in Gemeinschaft mit Italien — völlig selbständig operieren muß, oder ob in einigen Punkten noch gemeinsame Entscheidungen möglich sind.

In den beiden entscheidenden Fragen haben sich jedoch die Wege Englands und Frankreichs bereits scharf und hoffentlich getrennt. Erstens verweist England die Verjährungs- und Gewaltpolitik im Ruhrgebiet als für die Alliierten erfolglos und als ruhmlos für den Schuldner Deutschland — während die französischen Gewalttäter unausgesetzt erklären, die Ruhrbesetzung sei die einzige Garantie, den reißenden, aber böswilligen Schuldner zum Zahlen zu zwingen. England will dem Schuldner helfen, wirtschaftlich wieder hochzukommen, das heißt: zahlungsfähig zu bleiben, hingegen will Frankreich den Schuldner wirtschaftlich schädigen, niederhalten, fesseln und drohen, auf daß die deutsche Wirtschaftskraft nie wieder Frankreich gefährlich werde.

Und in der zweiten Hauptfrage — der Entscheidung über die deutsche Zahlungsfähigkeit — will England jetzt ganz klar eine Regelung durch eine internationale Körperschaft, Konferenz, Sonderkommission, Sonderkommission oder dergleichen, und zwar unter Heranziehung und Beteiligung des Schuldners, während Frankreich allein starr auf dem Mandat der Reparationskommission, dem Londoner Zahlungsplan und dem einfachen Zahlungsbefehl an Deutschland festhält. Da die englische Regierungserklärung es zunächst bewußt vermeidet, die Art der internationalen Zahlungsprüfung festzulegen, so bleibt hier noch die Möglichkeit, daß Frankreich etwaige „Verwässerungen“ durchführt, oder daß eine internationale Körperschaft oder Konferenz die deutsche Lage prüft und über das Maß der Leistungsfähigkeit entscheidet, ist Englands fester Wille.

Die englische Regierung ist nun genug, um zu wissen, daß sich aus dem englischen aktiven Vorgehen, das durch das zweimalige selbständige Handeln Frankreichs erzwungen wurde, nun in unmittelbarem Anschluß die bedeutendsten Folgen entwickeln können. Daher hat sie ihren ersten aktiven Schritt so korrekt, so unauffällig, so sachlich-milde wie überhaupt möglich getan und begründet. Aber die französische Macht haben erkennen sehr deutlich, daß Englands Interessen ihnen nicht weiter unumkehrbarste Handlungsfreiheit zugestehen können und daß England ein selbstherrlich vorkommendes Frankreich auf dem Kontinent nicht dulden kann. Es liegt nun an Frankreich, ob aus diesem notwendigen Schritt eine Gefahr für die Entente wird. Die Wege trennen sich bereits, wenn nicht Frankreich einen Pfad zurückgeht oder seinen Weg umbiegt. England wird die volle Verantwortung Frankreich zuweisen, wenn etwa in der Folge ein möglicher Bruch in Sicht käme. Jetzt von einer solchen Möglichkeit schon zu sprechen, wäre Phantastik. Die Interessengemeinschaft der beiden Mächte gegenüber Deutschland ist viel zu stark, um vorerst einen ernsthaften Konflikt zu dulden. Überdies würde ein Bruch der Entente heute für Deutschland keine Pflanzung bedeuten — im Gegenteil. Neue Konflikte zwischen den Großmächten würden auch ganz Europa erschüttern und noch mehr verwüsten. Wir können nur hoffen, daß eine Regelung der Reparationsfrage durch ein internationales Organ unter Führung Englands ermöglicht wird. Die heutige französische Politik birgt die schwersten Gefahren in sich. So sehr wir alles tun müssen, die französische Gewaltpolitik zum Rückzug zu zwingen, so sehr müssen die Wege einer Verständigung durch Verhandlungen und Abkommen offen gehalten werden.

Die Bedeutung der englischen Aktivität wird man erst abschätzen können, wenn die englische Antwortnote an Deutschland von Baldwin den Franzosen vorgelegt wird und die französische Stellungnahme dazu sichtbar ist. Inzwischen verhandelt der tschecho-slowakische Außenminister Beneš in London und konferiert nun mit der belgischen und dann mit der französischen Regierung. Er verhält sich, die Gegenstände in der Entente noch in letzter Stunde abzumildern. Daß die französische Gewaltpolitik mit einem Ruck geändert oder überhaupt gemildert werde, dürfte vorerst zu den Unmöglichkeit gehören. Die Lage ist zugespitzt, aber wir können jetzt durch die englische Aktivität den Entscheidungen und der endgültigen Regelung näher. Dies ist auf alle Fälle zu begrüßen.

### Die englische Regierungserklärung

London, 12. Juli. Unter gewaltiger Spannung und vor blutbelegtem Kurs, bei Anwesenheit des deutschen und des französischen Botschafters, gab heute die englische Regie-

rung im Unterhause ihre angekündigte Erklärung zur Reparationsfrage ab.

Premierminister Baldwin verlas seine Erklärung in Erwiderung einer Anfrage des Führers der Opposition Ramsay MacDonald. Der einzige Gegenstand einer möglichen Meinungsverschiedenheit zwischen den Alliierten seien die Reparationen und die Wiederherstellung der Sicherheit in Europa. Die Alliierten können frei miteinander sprechen. In allem, was wir zu sagen oder zu tun bereit sind, wird die britische Regierung wie das Vora von Frankreich von dem einzigen Wunsche durchdrungen, daß der gute Wille zwischen den Nationen, die zusammen gelitten haben, aufrechterhalten werden soll und daß jeder erhalten soll, was ihm gebührt. Wir sind ebenso entschlossen wie irgendeiner der Verbündeten, daß Deutschland bis zum völligen Pankasse seiner Fähigkeit Reparationen leisten soll und wir sind bereit, jede Maßregel zu ergreifen, um Deutschland zu zwingen, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu zahlen. Aber wir sind als eine Nation von Geschäftsleuten und dessen bewußt, daß, wenn wir von Deutschland eine übermäßige Leistung fordern, wir seinen Erfolg haben, und daß wir und unsere Verbündeten die Hauptleidtragenden sein werden. Wir haben es von Anfang an klar gemacht, daß unsere Ansicht nach

die Besetzung des Ruhrgebietes nicht geeignet ist, den Schöpfung an Reparationen für die Alliierten einzubringen. (Beifall.) Im Januar haben wir in Paris ein Angebot gemacht, das wir als eine sehr großzügige Regelung betrachten, um etwas zu verhindern, was wir für eine Wirtschaftskatastrophe hielten. Dieses Angebot wurde von unsern Alliierten verworfen und seitdem haben wir beiseite gestanden, besetzt von dem Geiste anfrüchtiger Konstellation für die Alliierten, die unsres Erachtens die Hauptursache für den europäischen Frieden war und ist. Viele der damals vorausgesehenen Folgen treten heute in die Erscheinung. Die Alliierten erhalten weniger an Reparationen als vor der Besetzung. (Hört, hört!) Und was sie erhalten, wird eingetrieben um den Preis der zunehmenden Herrschaft des deutschen Wirtschaftssystems mit der Aussicht auf den vollständigen Zusammenbruch dieses Systems in der Zukunft. (Hört, hört!)

Den Preis für diesen Stand der Dinge bezahlt jedes europäische Land, ein Land mit dem Sinken seiner Wechselkurse, ein andres mit der Abnahme seiner Handels, ein drittes mit zunehmender Arbeitslosigkeit. Es ist keine Uebertreibung,

## Ein Appell an die Partei

Ein ungeheurer Druck lastet auf dem deutschen Volke. Von außen her bedroht ein rauschender Imperialismus, im Innern ein profitlüsterner Großkapitalismus die ureigenen Lebensinteressen unseres Volkes. Breite Schichten der Jugend und des Mittelstandes werden in die Reihen des Proletariats geschleudert, das Proletariat selbst treibt dem Hunger und der Verelendung entgegen. Verzweiflungsvollen Millionen Entwurzelter und ins Elend Gestürzter nach einem rettenden Auswege.

Wehrlos als er ist es in dieser unheilsvolleren Situation die Aufgabe unserer Partei, den jugenden und drängenden Massen voranzugehen, ihnen

im Sozialismus den einzigen Weg zur Befreiung

zu zeigen und sich gleichzeitig ihrer unmittelbaren Lebensinteressen energisch anzunehmen. Die Sozialdemokratie muß die Verzweiflungen aufdecken, die Schwachen schützen, der ehrlichen Arbeit zu ihrem Recht verhelfen gegenüber Ausbeutung, Wucher und Unterdrückung, muß den Lohnraub der Unternehmer, die Stuerlasten der Besessenen, die Geldwertverwertung durch Inflation und Spekulation, muß das verbrecherische Treiben der Falschmünz- und Judenheher und die reaktionären Antriebe gegen Republik und Demokratie mit Leidenschaft und Nachdruck bekämpfen. Diesem großen sind unsere Aufgaben!

Deshalb, Parteigenossinnen und Parteigenossen, ist es unser aller heilige Pflicht, freudig und mit Begeisterung unsere ganzen Kräfte, unsere Person, unsere Zeit und unsere Mittel in den Dienst dieses gewaltigen Kampfes zu stellen. Niemand war es notwendiger als jetzt, wo der alles forumpflanzende Kapitalismus die Presse und damit die öffentliche Meinung kauft und vergiftet, wo die raubende Geldwertverwertung die Kräfte unserer Agitation in Wort und Schrift von Tag zu Tag ins Ungeheure steigert.

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Hand aufs Herz! Haben wir diese ersten Tatsachen bisher genügend gewürdigt und berücksichtigt bei der Aufbringung der Mittel für unsere Partei, um ihr die nötige Aktionskraft zu erhalten und zu sichern? Ist nicht vielmehr der Parteibeitrag im Gegensatz zum Gewerkschaftsbeitrag von Monat zu Monat mehr hinter der steigenden Geldwertverwertung zurückgeblieben, so daß er mancherorts kaum noch ausreicht, auch nur die geschaffenen notwendigen Parteieinrichtungen zu erhalten, geschweige denn der Partei die erforderliche Agitations- und Aktionskraft zu gewährleisten? Wer könnte das wohl bestreiten?

Die letzte rapide Geldwertverwertung hat das Mißverhältnis zwischen Parteibeitrag und notwendigen Parteiausgaben so stark gestärkt, daß nur

wenn man sagt, daß die Wiederherstellung der Welt in Gefahr ist und daß der Frieden für den so große Opfer gebracht wurden, auf dem Spiele steht.

Die Notwendigkeit des Eingreifens hat sich deshalb der britischen Regierung in wachsendem Maße aufgedrängt.

Wir machen deshalb folgende Vorschläge:

1. daß die Periode des Konflikts so bald als möglich beendet werden soll;
2. daß die unbegrenzte Besetzung eines Landes durch ein andres in Friedenszeiten eine an und für sich unangewöhnliche und bedauerliche Erscheinung ist, für die so bald als möglich ein ehrenhafter Abschluß gefunden werden muß;
3. daß der Schuldner nicht lediglich aufgefordert werden soll, seine Schulden zu bezahlen, sondern daß er in die Lage versetzt werden muß, dies tun zu können;
4. daß die Zahlungsfähigkeit des Schuldners, soweit Zweifel darüber bestehen, geprüft und festgestellt werden soll und
5. daß vereinte Anstrengungen gemacht werden müssen, um diese Ziele zu erreichen.

Der Frieden werde erst dann endgültig gesichert sein, wenn die Fragen der Reparationen, der interalliierten Schulden und der Sicherheiten eines pazifischen Europas gelöst sind. Wir hoffen, daß wir für diese Bestrebungen ebenso wie für die allgemeine Beurteilung der Lage die Zustimmung der Alliierten finden.

Wir sind nicht der Meinung, daß die in der deutschen Note enthaltenen Vorschläge, seien sie nun angemessen oder nicht, ignoriert werden sollen. Wir können nicht billigen, daß eine schließliche Auseinandersetzung dieser Art über Angelegenheiten, die die Interessen aller betreffen, nämlich einseitig geführt werde oder daß Vorschläge, von denen es sich ergibt, daß sie keine einer möglichen Meinung entgegen, so gleichgültig behandelt werden. Wir hoffen auf die Mitarbeit Frankreichs und Belgiens nicht minder als auf Italiens Mitarbeit. Tatsächlich haben wir allen Grund anzunehmen, daß die Ansichten der italienischen Regierung sich in wesentlicher Übereinstimmung mit den unsrigen befinden. In der Annahme, daß die französische und die belgische Regierung nicht abgeneigt sind, die Initiative beim Vorschlag einer Antwort zu ergreifen, haben wir diese Regierungen sowie die italienische benachrichtigt, daß

wir gewillt sind, die Verantwortung für die Vorbereitung des Entwurfes einer Antwort selbst zu übernehmen.

Da wir der Auffassung sind, daß vereintes Vorgehen besser ist, als getrenntes, werden wir die Antwort so bald wie möglich unseren Alliierten zur Erwägung und Mitbestimmung unterbreiten, und wir geben uns der Hoffnung hin, daß wir mit

durch eine schnelle und außerordentliche Maßnahme

die finanzielle Aktionskraft der Partei gesichert und den sich gebietend aufdringenden vermehrten Aufgaben entsprechend gesteigert werden kann. Die Aktionskraft der Partei darf auch nicht an einer einzigen Stelle des Organisationskörpers im Reiche einen Augenblick nachlassen oder gar in Frage gestellt werden.

Der Parteivorstand macht deshalb hiermit zum ersten Male von seinem ihm auf dem Nürnberger Einigungsparlament verliehenen Recht Gebrauch, mit sofortiger Wirkung die Parteibeiträge selbständig für alle Organisationen im Reiche festzusetzen, und bestimmt:

im Juli sind doppelte Beiträge zu erheben.

Die von den Bezirksorganisationen für den Juli festgesetzten regelmäßigen Beiträge für Männer und Frauen werden in diesem Monat zweimal erhoben; die Beiträge sind sofort einzuziehen und die festgesetzten Anteilsquoten umgehend an Bezirks- und Parteizentrale abzuführen. Der Parteivorstand macht es der Parteivorstand außerdem zur Pflicht, ohne Verzug selbständig die Anpassung der regelmäßigen Parteibeiträge an die Geldwertverwertung dadurch herbeizuführen, daß sie als Monats-Parteibeitrag einen Betrag festsetzen, der dem

Durchschnitt der vier höchsten Berufsstundenlöhne des Bezirks entspricht. Nur, so ist es möglich, der verhängnisvollen Wirkung der Geldwertverwertung auf die Parteifinanzen zu begegnen, die Schlagfertigkeit der Parteioorganisationen dauernd zu erhalten und zu steigern.

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Wir appellieren an eure Einsicht und an eure Opferwilligkeit, an eure Liebe zur Partei und hoffen, bei euch volles Verständnis für unsere Maßnahmen zu finden. Es gilt nicht nur, den großen Aufgaben der unmittelbaren Gegenwart gerecht zu werden, sondern auch Sorge zu treffen für die Kämpfe der nächsten Zukunft. In Preußen stehen die Gemeindevahlen bevor, im Reiche ist in Jahresfrist der Reichstag neu zu wählen. Vom Ausgang dieser Wahlen hängt für das Wohl des deutschen Proletariats außerordentlich viel ab. Wir müssen grüßend in diese Kämpfe hineingehen. Deshalb überredet niemand, der Partei zu geben, was notwendig ist, damit sie gewappnet dasteht. Je besser die Partei gerüstet ist, je größer ist ihre Aktionsfähigkeit, je größer ist ihr Erfolg und ihr Einfluß, je größer ist auch der unmittelbare praktische Nutzen für das Proletariat und der dauernde Gewinn für Demokratie und Sozialismus!

Berlin, den 12. Juli 1923.

Der Parteivorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.